

richt die „friedenssichernde“ Rolle der NATO und Bundeswehr behandelt; in den Atlanten und Schulbüchern markieren die Grenzen des imperialistischen Deutschland von 1937 die Besitzansprüche des BRD-Imperialismus. An bayerischen Gymnasien wird die positive Einstellung der Schüler zum „NATO-Raketenbeschluß“ zur Bedingung für ein erfolgreiches Abitur gemacht. Mit harten Disziplinarmaßnahmen werden an den Schulen Proteste gegen die Rotstiftpolitik, und den Hochrüstungskurs unterdrückt. Lehrer, die sich für Frieden und Abrüstung einsetzen, sind zuerst vom Berufsverbot bedroht.

Bildungsmonopol auch in der Berufsausbildung

Das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse ist nicht auf das allgemeinbildende Schulwesen begrenzt. In der Berufsausbildung wird es vor allem über das Alleinverfügungsrecht der Unternehmer über Ausbildungs- und Arbeitsplätze wirksam. Ihre „Berufsbildungspolitik“ war in den letzten Jahren wesentlich davon bestimmt, die Lasten von Wirtschafts- und Strukturkrisen auch auf die Lehrstellen suchenden Jugendlichen abzuwälzen, Ausbildungsplätze wegzurationalisieren und die Ausbildungskosten so gering wie möglich zu halten. Die Folgen davon sind, daß in der BRD nach dem Berufsbildungsbericht 1981 mehr als 200000 Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren - überwiegend Abgänger der Hauptschulen - 1980 ohne jede Ausbildung blieben. Bei den 20- bis 24jährigen BRD-Bürgern liegt der Anteil der Ungelernten bei 29 Prozent.

Betroffen sind wieder die Kinder der Arbeiterklasse, die nach einer miesen Schulbildung nun auch die miesesten Berufsaussichten haben. Unter

Diese Unterordnung der Schulen unter die politischen Interessen der herrschenden Klasse ist Ausdruck des bürgerlichen Bildungsmonopols. Es ist daher eine Lüge, wenn, wie das auch in der BRD geschieht, behauptet wird, Schule und Bildung ständen außerhalb der Politik. Denn, so entlarvte Lenin bereits vor über 60 Jahren, „die Bourgeoisie, die diese These verfiucht, hat ja selbst ihre bürgerliche Politik zum Eckstein der gesamten Arbeit in der Schule gemacht und bemüht sich,... für die Bourgeoisie gehorsame und rührige Diener, Vollstrecker ihres Willens, Sklaven des Kapitals abzurichten“.¹

ihnen haben wiederum die Mädchen die geringsten Chancen, ihr Recht auf Arbeit und Bildung durchzusetzen. Das Kapital braucht sie vor allem als billige und willige Arbeitskräfte. Ein profitabler Grund also für die Bourgeoisie, mittels Bildungsprivileg die Gleichberechtigung im Beruf zu verhindern.

Zugleich mit der steigenden Zahl der nicht oder schlecht ausgebildeten Jugendlichen nimmt die Jugendarbeitslosigkeit weiter zu, verschärfen sich die Probleme, die damit einhergehen: die soziale und psychische Notlage der Jugendlichen ohne Arbeit und Ausbildung, ihre Gefährdung durch Drogen, Alkohol, Kriminalität, die soziale Verunsicherung weiter Kreise der Jugend, ihre Angst vor der Zukunft.

Die drängenden Forderungen der Gewerkschaften in der BRD nach einer Reform der Berufsausbildung und ihrer finanziellen Absicherung bleiben, wie unter anderem der neue Entwurf eines „Berufsbildungsgesetzes“ der Bundesregierung von 1981 belegt, unberücksichtigt. Die dafür not-

wendigen Mittel verschlingt der Rüstungshaushalt.

Die Monopole bestehen zudem kompromißlos auf ihrem „Herr-im-Hause-Standpunkt“, auch in der beruflichen Bildung und weisen Forderungen nach ihrer Reform und Finanzierung scharf zurück. Allein den Kindern der herrschenden Klasse ist das Bildungsprivileg gesichert.

Für die Masse der Jugendlichen indes erweist sich die Aufrechterhaltung des Monopolspruchs der herrschenden Klasse in der Berufsausbildung als besonders nachteilig. Mit dieser ausgesprochen jugendfeindlichen Praxis des bürgerlichen Bildungsprivilegs wird nämlich unmittelbar über die Gewährung bzw. Verweigerung von Lebens- und Zukunftschancen der jungen Generation entschieden.

Wie im Schul- und Berufsausbildungssektor ist die staatsmonopolistische Bildungspolitik der BRD auch im Hochschulbereich darauf gerichtet, die Interessen des Großkapitals wahrzunehmen. Das heißt heute drastische „Spaßmaßnahmen“ durchzusetzen, die Hochschulen stärker an den reaktionären monopolistischen Zielen auszurichten und demokratische Forderungen niederzuhalten.

Die seit Jahren anstehenden Probleme der überfüllten Hochschulen, der unzureichenden materiellen Absicherung des Studiums haben sich infolge der Mittelkürzungen weiter verschärft. Rigorose Stipendienkürzungen, Mietwucher, die allgemein steigenden Lebenshaltungskosten haben die sozialen Belastungen des Studiums in einer Weise erhöht, daß eine wachsende Anzahl von Studenten, deren Eltern nicht über den entsprechenden Geldbeutel verfügen, ihr Studium abbrechen müssen. Die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen